

man dem nachgehen kann, dann ist das an dieser Stelle schon fast eine Art von unterlassener Hilfeleistung. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Christof Rasche: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit sind wir am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/1860 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen, CDU, FDP und AfD. Stimmt jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand? – Das ist auch nicht der Fall. Somit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen**.

Wir kommen jetzt wieder zur Beratung des Haushaltsverfahrens.

6 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1200
Drucksache 18/1500 – Ergänzung
Vorlage 18/342

Beschlussempfehlungen
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 18/1900
Drucksache 18/1901
Drucksache 18/1902
Drucksache 18/1903
Drucksache 18/1904
Drucksache 18/1905
Drucksache 18/1906
Drucksache 18/1907
Drucksache 18/1908
Drucksache 18/1910
Drucksache 18/1911
Drucksache 18/1912
Drucksache 18/1913
Drucksache 18/1914
Drucksache 18/1915
Drucksache 18/1916
Drucksache 18/1920

zweite Lesung

Änderungsanträge
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/1975
Drucksache 18/1976
Drucksache 18/1977

Drucksache 18/1978
Drucksache 18/1979
Drucksache 18/1980
Drucksache 18/1981
Drucksache 18/1982
Drucksache 18/2010
Drucksache 18/2011
Drucksache 18/2012
Drucksache 18/2013
Drucksache 18/2014
Drucksache 18/2015
Drucksache 18/2016
Drucksache 18/2017

Änderungsanträge
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2020
Drucksache 18/2040
Drucksache 18/2041
Drucksache 18/2042
Drucksache 18/2043
Drucksache 18/2044
Drucksache 18/2045
Drucksache 18/2046 – Neudruck
Drucksache 18/2047
Drucksache 18/2048
Drucksache 18/2067
Drucksache 18/2068
Drucksache 18/2069
Drucksache 18/2070
Drucksache 18/2071
Drucksache 18/2074

Weitere Hinweise zum Ablauf der Beratung: Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und die dann vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen. Nach der Beendigung der Aussprache über einen Einzelplan erfolgt die Abstimmung über diesen Einzelplan. Liegen Änderungsanträge zu einem Einzelplan vor, wird zunächst über diese abgestimmt.

Über den Einzelplan 20 und den Text des Haushaltsgesetzes sowie die dazugehörigen Änderungsanträge stimmen wir heute am Ende ab.

Jetzt starten wir mit:

Einzelplan 14 Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

Ich darf auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses auf Drucksache 18/1914 und auf die in der aktuellen Tagesordnung zu diesem Einzelplan aufgeführten Änderungsanträge hinweisen.

Wir starten mit:

a) Wirtschaft und Industrie

Ich eröffne die Aussprache, und der Kollege Stinka aus der SPD-Fraktion hat als Erster das Wort.

André Stinka* (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, der Einzelplan, mit dem wir uns hier heute beschäftigen, ist mit „Wirtschaft und Industrie“ überschrieben. Leider ist das kein guter Tag für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Wenn wir uns die aktuellen Schlagzeilen angucken, sehen wir, was in der Stahlindustrie bei HKM – und die Stahlindustrie ist ein Kern der nordrhein-westfälischen Industrie – passiert.

Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen eine eigene Wirtschaftspolitik, die gerade in der momentan schwierigen Situation Arbeitsplätze sichert und den Unternehmen und Betrieben kurz- und mittelfristig eine langfristige Perspektive gibt. Diese Perspektive vermisst die SPD-Landtagsfraktion im Haushaltsansatz für den Einzelplan 14.

Angesichts dessen, was gerade im Stahlsektor passiert – und das wird heute noch einmal deutlich –, der mit einer großen Wertschöpfung hier in Nordrhein-Westfalen verbunden ist, wird das Versagen der Landesregierung seit Amtsantritt deutlich messbar. Denn der Ministerpräsident hält es nach wie vor nicht für wichtig, eine Stahlkonferenz abzuhalten. Der Ministerpräsident redet immer sonntags davon, wie wichtig der Standort ist, vergisst es aber montags und donnerstags. Das werden wir so nicht hinnehmen.

(Beifall von der SPD)

Ich nehme dieses Beispiel gerne auf und knüpfe an die Debatte an, die wir gestern dazu führten. Wir haben im Wirtschaftsausschuss feste Tagesordnungspunkte zu den Themen „Strukturpolitik“ und „Auswirkungen der Energiekrise“. In all den Sitzungen haben wir als Sozialdemokraten deutlich gemacht, dass gerade auf der Stahlindustrie ein hohes Augenmerk ruhen muss.

Die Ministerin macht uns immer wieder deutlich, dass sie im Dialog ist. Ich frage mich dann nur – wir hatten letzte Woche Ausschusssitzung –: Wenn dieser Dialog tatsächlich geführt wird, wieso überrascht uns dann heute die Aussage, dass HKM, eines der zentralen Unternehmen der Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen, in diese Schwierigkeiten geraten ist und damit für uns die grüne Transformation – in dem Zusammenhang werden immer gerne Bänder durchgeschnitten – ins Wanken gerät?

Wir haben immer wieder deutlich gemacht – und das ist für mich ganz entscheidend –, dass es jetzt darum geht, den Übergang in diese schwierige Phase zu organisieren. Wenn die Firmen weg sind, brauchen wir auch keine Transformation mehr. Heute kommt

genau das Paradebeispiel für Ihr Versagen und Nichtkümmern in diesem Bereich.

(Beifall von der SPD)

Sie werden gleich sagen: „Oh, das ist uns aber neu“, so wie gestern. Dann fallen die Zahlen vom Himmel, innerhalb von drei Tagen steht Nordrhein-Westfalen kurz vor dem Abgrund, und dann muss man einen Haushalt vorlegen, der im Grunde die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts verhindert.

Wir haben bereits in der letzten Wahlperiode beim Thema „Vallourec“ deutlich gemacht, dass das Thema „Stahl“ für jede Landesregierung ein Schwerpunkt sein muss. Es scheint so, dass das wohl nur für eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung ein Schwerpunkt ist. Denn seitdem findet nichts statt, und es ist Ruhe im Schacht.

Das Problem ist: Wir reden über Wertschöpfungsketten. Wir reden darüber, dass transformiert werden muss. Es muss aber allen klar sein: Wenn ein großer Player geht, kippen dahinter viele andere weg. Das hat massive Auswirkungen auf die Region, und das hat massive Auswirkungen auf das Thema „Vertrauen“.

Sie haben also zweimal Vertrauen verspielt. Zum einen ist das in der Stahlindustrie. Zum anderen ist das, indem die Daten plötzlich und unerwartet so schlecht dastehen, während andere Bundesländer – da blicke ich ins Saarland und nach Hessen, die einen Härtefonds aufgelegt haben – erkannt haben, dass konkrete Hilfen notwendig sind. Wir haben diesen Zeitpunkt verpasst, und heute haben wir den Schlamassel in der Presse, Frau Ministerin.

(Beifall von der SPD und Dietmar Brockes [FDP])

Ich bin sehr darauf gespannt, wie Sie uns heute noch einmal darstellen wollen – das ist im Ausschuss und gestern in der Debatte nicht gelungen –, wie das Drei-Säulen-Modell, das der Ministerpräsident hier vorgestellt hat und das mein Fraktionschef als Pappmaschee bezeichnet hat, einmal Fleisch an die Knochen bekommt. Ich bin gespannt, ob selbst nach der Pressemitteilung, wie es HKM geht, heute deutlich wird, wo die konkreten Hilfen sind, damit der Mittelstand und die Großindustrie eben nicht kaputtgehen, damit wir wirklich gemeinsam für die Transformation eintreten können.

Wie sieht Ihre aktive Wirtschaftspolitik aus? Oder wollen Sie nur abwickeln und darauf warten, dass der eine oder andere, der viel Energie verbraucht, aus dem Land verschwindet? Das kann doch nicht das Ziel einer NRW-Landesregierung sein!

(Beifall von der SPD und Dietmar Brockes [FDP])

Wir als Sozialdemokraten sind immer belächelt worden, dass wir für den Transformationsfonds werben. Dieser Transformationsfonds soll helfen, dass diese Industrie in Nordrhein-Westfalen bleibt und wir mit

einer umstrukturierten grünen Stahlindustrie deutlich machen können, dass wir ein Zukunftsstandort sein wollen. Ich werde in meiner zweiten Rede gleich noch einmal darauf eingehen.

Ich denke, wir müssen uns alle für diesen Kraftakt entscheiden, weil ganze Wirtschaftsregionen in die Knie gehen, wenn HKM in Probleme gerät. Das können wir in Nordrhein-Westfalen nicht zulassen, und deswegen finden wir in dem Einzelplan 14, Teil a), zu wenige Ansatzpunkte, um dort zu helfen. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Es folgt Dr. Christian Untrieser für die Fraktion der CDU.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Haushalt, der erste Haushalt der schwarz-grünen Koalition, den wir vorlegen, enthält eine Menge Dinge, die den Wirtschaftsstandort in Deutschland vorantreiben werden. Das ist auch richtig. Denn Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Industrieland, ein starkes Wirtschaftsland, ein starkes Energieland. Das werden wir bleiben, und das wollen wir bleiben. Das wird auch insgesamt gelingen.

Der Koalitionsvertrag ... – Ja, bitte.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD)

Ich war ein wenig zu schnell. – Der Koalitionsvertrag legt dazu auch die richtigen Grundlagen. Wir denken Klimaschutz und Wirtschaft zusammen – das atmet quasi jede Seite des Koalitionsvertrages –, und es sind viele richtige Rahmenbedingungen darin beschrieben. Das reicht vom Ausbau der erneuerbaren Energien über die deutliche Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren bis hin zu Hilfen für Industrie, Mittelstand und Handwerk usw. Mit dem Programm, das wir uns für die nächsten fünf Jahre vorgenommen haben, wird es gelingen, eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen zu beschreiben.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wenn man eine Haushaltsdebatte führt, muss man ein bisschen ... Das habe ich bei Ihnen vermisst, Herr Stinka. Sie haben viel kritisiert, aber Sie haben nicht konkret zum Haushalt geredet. Deswegen ist es meine Aufgabe, ein paar Highlights aus dem Haushalt vorzustellen. Alles vorzustellen, wird in der Kürze der Zeit nicht gelingen.

Bei der Industrie stellen wir weitere 40 Millionen Euro zur Verfügung, um ihr die Möglichkeit zu geben, zu transformieren. Wir wollen Unternehmen aller Größen unterstützen, die klimaneutrale Transformation zu schaffen, zu entwickeln und einzusetzen. Außer-

dem werden wir das industriepolitische Leitbild weiterentwickeln und – das wurde in diesem Jahr bereits angegangen – einen Industriepakt mit der Industrie in Nordrhein-Westfalen aufsetzen.

Wir sind nun beim Mittelstand. Der Mittelstand ist ein ganz, ganz wichtiger Baustein in unserem Land; unzählige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, viele Unternehmen sind im Bereich „Mittelstand“ anzusiedeln. Mit unserem Programm „Mittelstand Innovativ & Digital“ unterstützen wir mittelständische Unternehmen bei der Umsetzung von Digitalisierungs- und Innovationsvorhaben. Dieses Programm wird weitergeführt, und es sind seit 2020 bereits 3.000 Vorhaben dadurch ermöglicht worden.

Wir stärken das Handwerk. Dort werden die Mittel aufgestockt, und wir wollen die Meistergründungsprämie attraktiver gestalten.

Handel, Tourismus und das Gastgewerbe sind ganz, ganz wichtige Bereiche in diesem Land, die durch die Pandemie, durch Lieferkettenengpässe, durch den demografischen Wandel usw. herausgefordert werden. Wir helfen, und wir werden das NRW-Förderprogramm für Digitalcoaches im Handel weiterentwickeln. Wir haben den Projektauftrag „Digitalen und stationären Handel zusammen denken“. Im Tourismus, wo fast 500.000 Menschen in diesem Land Arbeitnehmer sind, steigen wir jetzt in die Digitalcoaches mit der DEHOGA weiter ein.

Dazu kommt die Kreislaufwirtschaft, ein ganz, ganz neues Feld, das Sie im Koalitionsvertrag auch beschrieben haben, ein Bereich, in dem wir für dieses Land vieles Gute machen werden.

Wir sind auch Professor Dr. Pinkwart – er ist jetzt gerade nicht hier – noch einmal dankbar für die Impulse, die er in den letzten Jahren gesetzt hat.

Im Bereich „Digitalwirtschaft“ sind wir auch weit vorne. Der Staat muss Rahmenbedingungen setzen für Gründer und für neue Unternehmen, damit in diesem Land etwas Neues entsteht. Deswegen ist das Start-up-Ökosystem ganz entscheidend.

Weiterhin fördern wir die fünf DWNRW-Hubs für die nächsten drei Jahre.

Wir haben das Exzellenz Start-up Center an den Universitäten und Hochschulen. Mit diesem Haushalt 2023 werden dort bis zu 30 Millionen Euro jährlich einfließen.

Das Gründerstipendium ist eine wahnsinnig tolle Idee. Damit sind mittlerweile über 3.200 Gründer total unbürokratisch, einfach gefördert worden. Wenn ein Gründer sagt: „Ich möchte das Gründerstipendium haben“, dann wird das mit 1.000 Euro im Monat für zwölf Monate gefördert. Das ist eine super Idee, die weiter fortgesetzt wird.

Der Staat muss aber auch vernünftige Rahmenbedingungen im Bereich „Dienstleistungen“ setzen. Er

muss ein attraktiver Ansprechpartner sein, und es muss Bürokratie abgebaut werden. Deswegen ist das Wirtschaft-Service-Portal hier noch einmal erwähnenswert. Damit hat Nordrhein-Westfalen bundesweit Standards gesetzt; es ist ein zentrales digitales Zugangstor für die digitale Wirtschaft, im Rahmen dessen 400 Verwaltungsdienstleistungen zur Verfügung stehen.

Das Wirtschafts-Service-Portal soll weiterentwickelt werden, und Behörden sollen demnächst automatisch prüfen, ob ein weitergehender Anspruch auf eine Leistung besteht.

Meine Damen und Herren, ich sehe, die Redezeit ist zu Ende. Vieles könnte man aus diesem Haushalt noch nennen, viele tolle, super Ideen. Herzlichen Dank für die Impulse bei der weiteren Beratung.

Danke auch an das Ministerium für die Erstellung des Haushalts, den wir heute beratschlagen. Das ist ein guter Haushalt, eine gute Grundlage, um Nordrhein-Westfalen in eine gute Zukunft zu bringen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Untrieser. – Für die FDP spricht der Abgeordnete Herr Brockes.

Dietmar Brockes* (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für uns Freie Demokraten ist klar: Nordrhein-Westfalen muss Industrie- und Energieland Nummer eins bleiben. Dazu muss sich das Land zum innovativsten und klimafreundlichsten Industriestandort fortentwickeln. Dafür müssen wir in Nordrhein-Westfalen Unternehmertum und Innovationskräfte stärken.

Ein zentraler Schlüssel dabei ist die Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren. Dafür brauchen wir neue Ansätze. Das Motto muss lauten: Regulierungen runter, Möglichkeiten rauf, Handeln jetzt, Genehmigungen später. Das entfacht eine neue Genehmigungsrevolution für die Gestaltung der Zukunft Nordrhein-Westfalens als Industrie- und Energieland Nummer eins in Deutschland.

(Beifall von Dr. Werner Pfeil [FDP])

Die Zukunft der schwarz-grünen Landesregierung sieht aber leider anders aus. Die Pläne zur Änderung des Landesentwicklungsplans sind erst für den Sommer 2023 angekündigt und werden frühestens im Sommer 2024 beschlossen. Erst dann sollen die Beteiligungsverfahren beginnen. Bis dahin gibt es nichts Handfestes von der selbsternannten schwarz-grünen Zukunftscoalition.

(Beifall von der FDP)

Die Änderungen des Landesentwicklungsplans werden Änderungen der Regionalpläne und der Flächennutzungspläne zur Folge haben. Auch das wiederum wird viele Jahre ins Land ziehen lassen, bis überhaupt irgendetwas geschieht.

Die schwarz-grüne Landesregierung macht Ökologie und Klimaschutz zum Primat ihrer Landesplanung. Flächensparsamkeit wird jetzt zur obersten Maxime. Sie vergrünen die Raum- und Landesplanung; dabei soll der berüchtigte 5-ha-Grundsatz wieder gelten.

Wie sich das mit Wohnraumschaffung und einer guten Standortentwicklung für Industrie und Gewerbe vertragen soll, wird in keiner Weise klar. Wie unter dieser Maxime Industrie- und Gewerbeflächen entwickelt werden können, bleibt ebenfalls offen. Wie das mit den vielen Flächenbedarfen in Einklang gebracht werden kann, bleibt ein Rätsel. Ihre Ausgleichsmaßnahmen formulieren Sie hauptsächlich als Prüfaufträge.

Was bedeutet diese Landesplanung für Unternehmen und Kommunen in Nordrhein-Westfalen? Ich sage es Ihnen: Es bedeutet, dass sich diese Flächen in Zukunft weiter erheblich verteuern werden. Es bedeutet, dass Neuansiedlungen unattraktiv und Unternehmen deshalb abwandern werden.

Frau Ministerin, ich frage Sie: Was tragen Sie mit dieser Vorgehensweise zum Erhalt der Arbeitsplätze oder zur Schaffung der Ausbildungsplätze bei? Wir haben doch eben alle Minister Laumann zugehört und waren im Einklang damit, dass wir mehr Ausbildungsplätze wollen, um den Jugendlichen eine gute Zukunft zu geben.

Aber wie sollen die Unternehmen, die hier keine Perspektive haben, sich weiterzuentwickeln, die abwandern müssen, diese notwendigen Ausbildungsplätze schaffen? Sie machen genau das Gegenteil.

(Zuruf von Romina Plonsker [CDU])

Auch die Entwicklungsmöglichkeiten für unsere Kommunen werden durch Ihre Vorgehensweise deutlich eingeschränkt. Für den Weg zu einer klimaneutralen Industrie brauchen wir aber kluges und innovatives Flächenmanagement für Industrie- und Gewerbeflächen.

(Beifall von der FDP)

Dafür werden wir auch neue Flächen benötigen, zum Beispiel wenn ein neues, klimaneutrales Produktionswerk neben dem noch im Betrieb bestehenden alten Werk aufgebaut werden soll. Wie das mit der Flächensparsamkeitslogik der Grünen im Koalitionsvertrag zusammenpasst, wird sich dann wohl zeigen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Hau weg!)

Der lange Kriterienkatalog für Flächenentwicklung und Flächensparsamkeit im Koalitionsvertrag schreit geradezu nach neuen bürokratischen Belastungen,

die damit zwangsweise einhergehen werden. Diese grüne Raum- und Landesplanung wird zum Bremsklotz für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Also immer weiter!)

Meine Damen und Herren, Frau Ministerin, Sie sollten nicht nur über Mut, Klarheit und Geschwindigkeit reden, sondern für Nordrhein-Westfalen mutig, klar und schnell handeln. Das machen Sie leider nicht, deshalb sehe ich keine gute Zukunft unter Ihrer Regierung für dieses Land.

Wir lehnen den Haushaltsentwurf ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Fraktion der Grünen spricht der Kollege Matzoll.

Jan Matzoll (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Vorbemerkung: Ich finde es schon ein bisschen zynisch, wenn die FDP morgens über das Thema „Wald und Waldsterben“ spricht, um dann zu einem späteren Zeitpunkt beim Thema „Flächenverbrauch“ wieder die Rezepte aus dem letzten Jahrhundert auszupacken.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben Krieg in Europa. Wir haben Energieknappheit. Wir haben Inflation, und wir haben eine drohende Rezession. Der Druck auf die Wirtschaft, die Bevölkerung und die öffentlichen Haushalte ist angesichts der wirtschaftlichen Gesamtsituation enorm hoch. Es bedarf einer enormen Kraftanstrengung, um hier zu bestehen.

Dem Einzelplan 14, dem Haushalt des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie, kommt in dieser Situation eine besondere Bedeutung zu. Als Energieministerium ist das MWIKE in der Energiekrise zentrale Anlaufstelle für die großen transformativen Fragen unserer Zeit. Dazu wird mein Kollege Michael Röls als energiepolitischer Sprecher unserer Fraktion gleich noch weiter ausführen.

Als Ministerium für Wirtschaft und Industrie ist das MWIKE aber auch zentrale Anlaufstelle für Unternehmen, die durch die immens gestiegenen Energiekosten nicht mehr wissen, wie sie in Nordrhein-Westfalen weiter produzieren sollen, wie sie in Anbetracht der gestiegenen Kosten Produkte zu marktfähigen Preisen anbieten können, wie sie in Anbetracht der Situation überhaupt weitermachen können, wie sie aber auch die Herausforderungen der Zukunft, die Herausforderungen der Transformation im Angesicht der Krise noch schneller bewältigen sollen.

Wir gehen die beiden großen Transformationsaufgaben – den Übergang zur digitalen Gesellschaft und den Weg zur Klimaneutralität – entschieden an, denn nur so können wir die Krisen bewältigen und die Resilienz steigern.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Die Transformation der Industrie hin zur klimaneutralen Produktion ist dabei ein zentrales Handlungsfeld. Wir investieren in die Energiewende und fördern Photovoltaik, Windkraft sowie Geothermie massiv. Gleichzeitig bauen wir regulatorische Schranken ab und ebnen so den Wachstumspfad zur Klimaneutralität. Wir unterstützen Modellvorhaben zu Wasserstoff und der klimaneutralen Stahlherstellung. Wir legen einen Schwerpunkt auf die Förderung der Kreislaufwirtschaft.

Mit uns wird Nordrhein-Westfalen die Transformation im Sinne des European Green Deal gestalten. Dazu gehört auch der Strukturwandel im Rheinischen Revier, das zu einer Modellregion für das Gelingen der Energiewende und neue, zukunftsfähige Beschäftigung werden soll.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir entwickeln die digitale Infrastruktur weiter. Wir bauen, um nur ein Beispiel zu nennen, das Wirtschafts-Service-Portal weiter aus. Wir fördern digitale Innovationen, und wir sorgen für den Ausbau der Gründerstipendien, damit sich Gründerinnen und Gründer ganz auf ihre innovativen Ideen konzentrieren können.

Der Einzelplan 14 schenkt auch dem Mittelstand als Treibstoff industrieller Transformationsprozesse und dem Handwerk als Motor der Transformation die ihnen gebührende Aufmerksamkeit. Daher stärken wir das erfolgreiche Kompetenznetzwerk „it's OWL“ mit mehr als 2 Millionen Euro, um Lösungen für die digitale Transformation im Mittelstand voranzubringen.

Durch die Fortführung der Unterstützung der Landesgewerbeförderstelle des nordrhein-westfälischen Handwerks oder des Deutschen Handwerksinstituts bekennen wir uns zu einem starken Handwerk. Allein die Mittel zur Förderung des Handwerks sind um nahezu 2 Millionen Euro erhöht worden.

Im Vordergrund steht die Belebung von Gründungen durch die Meistergründungsprämie im Handwerk, darüber hinaus aber auch durch Projekte wie STARTERCENTER NRW oder durch das bereits erwähnte Gründerstipendium aus dem Topf zur Förderung von Gründungen mittelständischer Unternehmen.

Wir werden mit diesem Haushalt auch dem Landesanteil an der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ gerecht, der im nächsten Jahr um über 8 Millionen Euro erhöht wird.

Das ist ein Programm zur Stärkung von KMU, das neben gewerblichen Investitionen auch Investitionen in die wirtschaftliche Infrastruktur und in nichtinvestive Maßnahmen fördert. Das ist ein wichtiger Baustein, um kleine und mittelständische Unternehmen auf ihrem Weg der klimaneutralen Transformation zu unterstützen.

Wir kämpfen uns aus der Krise, die NRW härter trifft als alle anderen Bundesländer, heraus. Der Einzelplan 14 unseres Basishaushalts ist dafür ein entscheidender Baustein.

Uns allen ist aber auch klar, dass sowohl die Maßnahmen aus dem Bund-Länder-Entlastungspaket als auch das für NRW geplante Sondervermögen Krisenbewältigung notwendig sind, um diese Krise nicht nur zu überleben, sondern auch gestärkt und mit größerer Unabhängigkeit daraus hervorzugehen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die AfD spricht der Abgeordnete Loose.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Ministerium der Ahnungslosigkeit transformiert die Firmen in NRW in die Insolvenz. Während die Ministerin noch Zahlen sucht und keine Fragen dazu im Ausschuss beantworten konnte, legen Journalisten im Internet die Pleiten offen:

In Solingen macht der Felgenhersteller BORBET zu – 600 Arbeitsplätze weg. Hülsta-Möbelhäuser machen dicht. In Gelsenkirchen sind es bei der Firma BRIDON 80 Arbeitsplätze. In Bielefeld ist der Pflegedienst Alt und Jung Süd-West mit 300 Mitarbeitern betroffen. Das alles sind nur die Zahlen der letzten Tage, man könnte es beliebig fortsetzen – leider.

Doch Frau Ministerin beschwichtigt im Ausschuss, redet von einer milden Rezession und kann, wie gesagt, keine einzige Prognose zu möglichen Insolvenzen vorlegen. Stattdessen versuchen Sie, von Ihrem eigenen Fehlverhalten abzulenken. Sie erzählen von schlechten aktuellen Rahmenbedingungen, schlimmer Pandemie, zu allem Unglück ergänzt durch eine Energiekrise, dass Lieferketten nicht funktionieren, und dann hätten wir noch den Fachkräftemangel.

Frau Ministerin, wenn ich mir die Leistung Ihrer politischen Mitarbeiter anschau, dann stelle ich fest: Der Fachkräftemangel ist so präsent wie nie. Anstatt jetzt anzupacken, erhöhen Sie die Gelder für politische Vorfeldorganisationen, für Netzwerke, für Stuhlkreise. All die sind nötig, um Ihr Konzert der großen Transformation aufrechtzuerhalten.

Dabei übersehen Sie, dass die große Transformation längst stattfindet. Die Unternehmen transformieren

tatsächlich, allerdings ins Ausland: angefangen bei Vorwerk in Wuppertal über Hawker in Hagen und jetzt BASF. Alle suchen ihr Glück im Ausland, wo man noch zuverlässig und günstig Energie bekommt.

Geradezu wahnhaft betreiben Sie Ihre große Transformation zur Vernichtung unserer Industriearbeitsplätze und des Industriestandortes weiter. Dafür gibt es jetzt sogenannte Zukunftsgutscheine, verkündet mit großem Getöse. Eine einzige Nachfrage dazu im letzten Ausschuss hat gereicht: Frau Ministerin, Sie hatten keine Ahnung, wie die überhaupt funktionieren sollen.

Ihr Referent, der das entwickelt hat, hatte ebenfalls keine Ahnung. Er konnte nicht sagen, ab wie vielen neuen Arbeitsplätzen es denn Gutscheine gibt, welche Wertschöpfung mit den Gutscheinen verbunden werden soll, was denn zu erreichen ist, nichts. Es ist ein einziges „Wir gucken mal“, „Wir lassen das erst mal anlaufen“ usw. Nicht nur wir waren im Ausschuss über diese Ahnungslosigkeit regelrecht schockiert.

(Zuruf von Michael Röls [GRÜNE])

Die CDU, die seit sechs Jahren die Misere in diesem Land mitverantworten hat, klatscht bei allem auch noch Beifall – ein Trauerspiel.

Was die letzte große Transformation – früher hieß das mal Strukturwandel – gebracht hat, sieht man aktuell im Ruhrgebiet: Die Arbeitslosigkeit liegt in Duisburg bei 13 %, in Gelsenkirchen bei 12 % und in Dortmund bei 11 %. Das Ergebnis der letzten großen Transformation sind 675.000 Arbeitslose, davon fast 300.000 Langzeitarbeitslose. Seit zwei Jahrzehnten haben es weder SPD noch Grüne noch CDU noch FDP geschafft, diese Arbeitslosen wieder in Arbeit zu bringen. Sie lassen die Menschen schlicht im Stich, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Aber nein, statt Arbeit soll es demnächst zur Beruhigung das Bürgergeld geben, mitbeschlossen von allen Parteien hier – eine Politik des Schweigegelds, die nur so lange funktioniert, bis Ihnen das Geld der anderen, der hart arbeitenden Bevölkerung ausgeht.

Diese hart arbeitende Bevölkerung, sei es die Busfahrerin, der Malocher bei thyssenkrupp oder die Krankenschwester, muss dauerhaft Ihre 675.000 Arbeitslosen in NRW finanzieren. Die alle finden jetzt schon keinen Job.

Aber das reicht Ihnen noch nicht. Sie müssen weitere 120.000 Arbeitsplätze im Rheinischen Revier mit Ihrem Kohleausstieg vernichten. Sie wollen zwar Ersatzarbeitsplätze schaffen, wissen aber gar nicht, woher Sie die nehmen wollen, wo die denn entstehen sollen. In acht Jahren müssen Sie jedes Jahr 15.000 neue Arbeitsplätze für Industriearbeiter im Rheinischen Revier schaffen, jedes Jahr. Stattdessen – und das ist absehbar – wird die Region das Schicksal

von Gelsenkirchen-Süd oder Duisburg-Nord erleiden.

Aber eines verspreche ich Ihnen, Frau Ministerin: Ab Januar wird mitgezählt. Dann will ich sehen, wo diese Arbeitsplätze entstehen, und zwar wohlgermerkt Arbeitsplätze, die auch Wertschöpfung liefern, nicht Ihre aus Steuergeldern alimentierten Jobs bei Ihren diversen Stuhlkreisen, sei es die Zukunftsagentur oder Ihr Unfug namens Energy4Climate. Ab Januar wird mitgezählt, denn wir sind Opposition.

(Beifall von der AfD)

Wir wehren uns gegen Ihre sogenannte große Transformation zu einem Agrarland. Wir wehren uns gegen Ihren Morgenthau-Plan 2.0 – für Freiheit, Wohlstand und Vernunft. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Neubaur.

Mona Neubaur³⁾, Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das nun zu Ende gehende Jahr war für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Unternehmen ein wirklich schwieriges Jahr. Leider steht zu befürchten, dass auch das Jahr 2023 von enormen Herausforderungen geprägt sein wird.

Es gehört zur Verantwortung für unser Land dazu, deutlich zu sagen, wie die Lage ist. Die wirtschaftliche Lage in Nordrhein-Westfalen hat sich deutlich eingetrübt, was uns alle zu Recht mit Sorgen erfüllt. Denn zu den Auswirkungen des immer härter werdenden russischen Angriffskrieges gegen die Menschen in der Ukraine kommen noch immer die Nachwirkungen der Coronapandemie und die aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dazu, die von der Energiekrise, den steigenden Preisen, der Lieferkettenproblematik, dem Fachkräftemangel geprägt sind.

Ich will auch daran erinnern: Erfolgreiches Wirtschaften braucht eine intakte Natur. Wir erinnern uns an den Sommer mit dem Niedrigstpegel des Rheins und den daraus erfolgenden Einschränkungen für die Logistik, die unsere Industrie eigentlich über Binnenschiffe versorgen sollte. Auch das haben wir in diesem Jahr als weiteren Stressor erlebt.

Die Indikatoren belegen also: Von einer schnellen Erholung ist erst mal nicht auszugehen. Zumindest darf man sich, wenn man verantwortungsvoll agiert, nicht darauf verlassen, dass es schon irgendwie von alleine besser wird.

Die Einstellung der russischen Gaslieferungen hat besonders dazu geführt, dass sich die Lage noch

einmal verschärft hat. Die Preissteigerungen am Energiemarkt im Bereich „Gas“ führen zu existenzbedrohenden Belastungen für Verbraucherinnen und Verbraucher und für die Unternehmen in Deutschland.

Diese Situation, richtig festgestellt, trifft Nordrhein-Westfalen sehr hart, weil die wirtschaftliche Struktur unseres Landes so ist, dass hier viele Grundstoffindustrien ansässig sind. Der Erfolg Nordrhein-Westfalens als Industrieland basierte darauf, dass günstige Energie zur Verfügung stand. Darum hat sich hier Industrie angesiedelt, vor allem die metallverarbeitende und die chemische Industrie. Die sind jetzt besonders hart von den explodierenden Energiekosten getroffen, die eben nicht vollständig an die Endabnehmer weitergereicht werden können.

Die Bundesbank hat attestiert, dass im dritten Quartal 2022 die Industrieproduktion in Nordrhein-Westfalen um rund 4,6 % zurückgegangen ist. Auch das RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung kommt in einer breiteren und aktuellen Datengrundlage in einer Modellrechnung zu dem Ergebnis, dass der Einbruch in Nordrhein-Westfalen mit einem BIP-Rückgang im dritten Quartal von rund minus 0,5 % zu beschreiben ist.

Diese Daten zeigen, dass es unverzüglich notwendig ist, aktiv genau jetzt in die Stabilisierung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft einzugreifen und entsprechende Hilfsprogramme zeitnah aufzulegen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Denn es gilt, drohende Produktionsverlagerungen in Länder mit niedrigeren Energiepreisen zu verhindern. Dazu müssen jetzt kurzfristige Unternehmenshilfen umgesetzt und die Transformation der Wirtschaft zeitgleich beschleunigt werden, um unabhängig von fossilen Energieträgern zu werden.

Lieber André Stinka, ihr müsst euch schon entscheiden: Soll jetzt das Land Nordrhein-Westfalen ein Hilfspaket für die Industrie zur Transformation auflegen und auch finanzieren, oder sollen wir dem folgen, was ihr macht, nämlich in einer Tour das Sondervermögen zu kritisieren? Das beides passt überhaupt nicht zusammen.

(Beifall von Dr. Günther Bergmann [CDU])

Da müsst ihr euch entscheiden. Ich werbe sehr dafür, dass auch die Sozialdemokratie, damit wir helfen können, dem Sondervermögen die Zustimmung erteilt.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Christian Dahm [SPD]: Wir haben den Weg kritisiert, Frau Ministerin! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ihr wollt nur 6 Milliarden Euro, das macht ihr über Einsparungen!)

Wir haben in dem Haushalt 2023 an wesentlichen Stellen bereits Grundlagen gelegt, mit denen wir in

Millionenhöhe bei der Wirtschaftsförderung mit anpacken. Wir unterstützen weiterhin Innovationen, das, was in Nordrhein-Westfalen aus dem Mittelstand heraus in Kooperation mit der Industrie geleistet wird, damit wir stabile Wertschöpfungsketten haben, damit wir das Ganze in der digitalen Transformation mit dem flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes, mit dem Verfügbarmachen von 5G verwirklichen. All das sind infrastrukturelle Grundlagen für eine erfolgreiche Industrie der aktuellen Zeit des 21. Jahrhunderts.

Wir alle können nicht sagen, wie schnell sich die Situation im Jahr 2023 verbessern wird, weil es sich im Moment noch nicht abschätzen lässt. Aber die Zukunftskoalition will, dass Nordrhein-Westfalen Industrieland Nummer eins bleibt. Wir wollen intelligent wachsen. Wir wollen, dass man mit klimaneutralem Produzieren schwarze Zahlen schreibt, dass wir Vorreiterregion werden. Mit dem Haushalt legen wir die Grundlage dafür.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher schließe ich die Aussprache zu Teil a) Wirtschaft und Industrie.

Ich rufe auf:

b) Klimaschutz und Energie

Ich eröffne die Aussprache. – Für die SPD hat der Abgeordnete Herr Stinka das Wort.

André Stinka^{*)} (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben gerade darum gebeten, dass wir uns entscheiden. Die SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen hat sich entschieden, den Stahlstandort lange Zeit zu begleiten. Ich frage mich, ob sich diese Regierung entschieden hat, überhaupt irgendwann mal zu regieren. Das ist doch die Frage.

(Beifall von der SPD und Dietmar Brockes [FDP])

Wir haben eben eine Rede gehört, in der keine einzige Frage in Bezug auf den Haushalt, die Handwerksunterstützung beantwortet wurde. Nicht mal die notleidende Stahlindustrie wurde mit einem Wort in den Mund genommen – von keinem der Vorredner.

(Christian Dahm [SPD]: So!)

Ich stelle fest, dass hier im Wolkenkuckucksheim Politik gemacht wird, und zwar eine Politik, die an den Notlagen im Land Nordrhein-Westfalen vorbeigeht. Das haben wir gerade festgestellt.

(Beifall von der SPD und Dietmar Brockes [FDP])

Weil aktiv und entschieden gehandelt werden soll, kommen wir nun dazu, zu erläutern, wie man das denn machen kann. In meiner ersten Rede hatte ich angekündigt, dass ich da ansetzen will. Ich werde jetzt da anknüpfen, wo ich vorhin aufgehört habe.

Aktuell sind Unternehmenshilfen notwendig, um in der jetzigen Situation eine Stabilisierung vorzunehmen. Wir müssen uns auch nicht den Vorwurf gefallen lassen, wir kämen erst heute darauf, so wie die Landesregierung erst vorgestern festgestellt hat, dass es im Land irgendwie schwierig wird. Vielmehr haben wir bereits im Sommer dieses Jahres in dem Antrag, in dem es um Hilfen für Vallourec ging, deutlich gemacht, dass Stahl in den Fokus rücken muss, damit Wertschöpfungsketten im Land nicht brechen. Das ist im Protokoll ganz klar nachlesbar. Uns fällt das frühzeitig ein, der Landesregierung von CDU und Grünen eben nicht. Das ist der große Unterschied.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die sozialökologische Transformation, vor der Nordrhein-Westfalen und die nordrhein-westfälische Wirtschaft stehen, ist eine der drängendsten Aufgaben – das stimmt –, um die Klimaerwärmung zu begrenzen, Wertschöpfung und gute Arbeit in der Region zu halten sowie das Land – das unterstreiche ich – zukunftsfest und wettbewerbsfähig aufzustellen.

Mit 66 % der Treibhausmissionen aus der Energiewirtschaft und Industrie in Deutschland sind wir einer der großen Emittenten. Um diesen hohen Anteil zu reduzieren, muss ein großer Fortschritt in Richtung Klimaneutralität gemacht werden. Dazu ist ein hoher Mitteleinsatz notwendig. Da kann man nicht die Hände in den Schoß legen.

Gerade wurde über 40 Millionen Euro gesprochen. Wissen Sie, was der neue Hochofen in Duisburg kostet? 2 Milliarden Euro! Da kommen Sie mit 40 Millionen Euro an. Das ist doch peinlich. Das Saarland ist so groß wie der Kreis Recklinghausen und tut mehr als das Land Nordrhein-Westfalen. Das kann doch nicht wahr sein, das geht doch nicht.

(Beifall von der SPD)

Wir müssen doch, wenn wir mit kleinen und mittleren Unternehmen sprechen – Sie sind doch immer im Dialog –, feststellen, dass dort keine Rücklagen gebildet werden können und dass Zulieferer ihr Geschäftsmodell neu ausrichten müssen.

Die bisherigen Förderrichtlinien und Ansätze im Haushalt sind kleinteilig und werden der großen Aufgabe nicht gerecht. Um dem entgegenzuwirken, fordern wir Sozialdemokratinnen die Einrichtung eines Transformationsfonds. Das ist kein verlorenes Geld, sondern bei der NRW.BANK geparktes Geld aus Green Bonds.

Wer einmal bei der NRW.BANK war und sich da kündigt gemacht hat, wird doch wissen, woher das Geld

kommt: von privaten Investoren. Es ist kein Haushaltsgeld, sondern soll unterstützen und das Eigenkapital der Unternehmerinnen und Unternehmer stärken, damit sie investieren können. Darum geht es doch. Und Sie kommen da mit 40 Millionen Euro. Es ist lächerlich, was wir heute gehört haben.

(Beifall von der SPD)

Es muss sich für Unternehmerinnen und Unternehmer doch lohnen, ihre Produktion auf erneuerbare Energien und beispielsweise grünen Stahl umzustellen. Wir müssen den Einstieg in den Ausstieg aus der alten Produktionsweise begleiten, weil wir doch diejenigen sind, die die Klimaschutzgesetzgebung machen und sagen: Macht euch auf diesen Weg. – Deswegen muss der Staat das aktiv begleiten.

Die Investitionsausgaben, die in den nächsten Jahren getätigt werden müssen, beleben die Konjunktur und stabilisieren den Arbeitsmarkt. Das ist eine ganz wichtige Grundlage, bei der unterschieden werden muss.

Gleichzeitig werden die Investitionen zwingend gebraucht, um in Zukunft weiterhin wettbewerbsfähig zu sein. Andere Länder – siehe USA sowie Schweden und die Stahlproduktion zusammen mit Daimler Benz – haben diese Attraktivität doch schon gefördert.

Schauen wir uns noch ein Beispiel an. Gerade die USA üben derzeit besonderen Druck auf die Europäische Union und damit auch auf den Arbeitsmarkt und den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen aus. Das mache ich am Beispiel Evonik fest. Das Unternehmen hat 50 Millionen Euro in einen neuen Innovationshub in Pennsylvania gesteckt. Die Investitionsgewinne werden nun in den USA realisiert. Wir befinden uns in diesem starken Wettbewerb. Dem müssen wir uns stellen.

Investitionen sind in der aktuellen Zeit das A und O. So werden wir viele Unternehmerinnen und Unternehmer gewinnen. Wir müssen die angespannte und unsichere Lage überbrücken, damit die Wertschöpfung im Land bleibt. Der Transformationsfonds ist ein richtiger Ansatz, um die Unternehmerinnen und Unternehmer dabei zu unterstützen.

Aber was macht die Landesregierung? Sie setzt den Rotstift an. Die Mittel in den Bereichen „Klimaschutztechnik“ und „emissionsarme Mobilität“ werden reduziert, obwohl daraus wesentliche Förderschwerpunkte im Rahmen von progres.nrw gespeist werden. Auch Städte und Gemeinden können mit diesen Fördermitteln ihr Energiemanagementverfahren unterstützen.

Im Programmbereich „Klimaschutztechnik“ werden etwa Anlagen gefördert, die eine Anschubfinanzierung benötigen oder noch keine Marktdurchdringung erreicht haben. Im Programmbereich „emissionsarme Mobilität“ werden Kommunen und mittel-

ständische Unternehmen unterstützt, die die Mobilität auf klimafreundliche Antriebsformen umrüsten. Auch die Ladeinfrastruktur ist ein wichtiger Aspekt für Mieterinnen und Mieter.

Angesichts der weit verfehlten Sektorziele im Verkehrsbereich bei der Treibhausgasreduzierung sind doch zusätzliche Mittel notwendig.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Deswegen wollt ihr Straßen bauen!)

– Ich rede nicht über Straßenbau. Es ist typisch, dass Herr Mostofizadeh da den Straßenbau anspricht. Es geht um Ladeinfrastruktur, weil wir über Wirtschaft reden.

(Beifall von der SPD)

Außerdem fahren auch die Teslas, die Sie kaufen, letztendlich auf Straßen. Das ist es doch. Wir müssen Mobilität insgesamt denken und uns davon verabschieden, nur auf die Straßen zu schauen. Mobilität wird insgesamt organisiert.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das haben wir gemacht! – Zuruf von Michael Röls [GRÜNE])

Wer Elektromobilität will, der braucht auch ordentliche Straßen, sonst wird es ein bisschen schwierig mit dem 1,5 t schweren Tesla. Das muss man auch mal ganz deutlich sagen.

(Beifall von der SPD)

Das wollte ich Ihnen kurz darlegen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wo ist das Tesla-Förderprogramm im Haushalt?)

– Ich brauche keinen Tesla. Ich bin Münsterländer und fahre Fahrrad. Das reicht. Es ist ein acht Jahre altes Fahrrad, kommt von KETTLER und kommt überall durch. Keine Sorge, das klappt schon. Das ist überhaupt kein Problem.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich will noch mal deutlich machen, dass in diesem Kapitel 18,5 Millionen Euro gekürzt werden. Diese fehlen bei der Transformation der nordrhein-westfälischen Wirtschaft, bei der Digitalisierung und bei nachhaltigem Kreislaufansätzen. Sie fehlen außerdem, um innovative Unternehmen zu organisieren.

Wir befinden uns in einer schwierigen Lage. Die exorbitant angestiegenen Energiepreise machen auch vor Verbraucherinnen und Verbrauchern nicht Halt und bringen viele in große Schwierigkeiten. Deswegen muss die Energiewende massiv beschleunigt werden. Wir brauchen jede Megawattstunde Sonnen- und Windstrom, in jedem Maße. Darüber werden wir uns morgen unterhalten.

Aber auch bei der PV-Energie stockt der Ausbau. Öffentliche Gebäude sollen ab dem 01. Januar 2023 mit Photovoltaik versorgt werden. Wir kennen noch

keinen Erlass und keine Grundlage dafür, was in den Kommunen ab dann zu tun ist. Vielleicht können Sie gleich zur Erhellung beitragen: Wie wollen Sie das ab 1. Januar 2023 organisieren? Vielleicht wollen Sie uns das unter den Weihnachtsbaum legen. Ich weiß es nicht. Ich würde mir nur wünschen, dass die Kommunen Planungssicherheit haben und wissen, was Sie ab 1. Januar im Bereich „Photovoltaik“ machen wollen.

Im Haushalt lässt sich auch nicht erkennen, dass Sie bereit sind, mutige und andere Wege zu gehen. Insgesamt wird das Potenzial an genossenschaftlichen Modellen in Nordrhein-Westfalen bei Weitem nicht ausgeschöpft.

Bei den Generationsaufgaben des Wandels in der Wirtschaft und in der Energieversorgung können Genossenschaftsmodelle wegweisend sein. Genossenschaften für Bürgerenergie bringen Tempo und Akzeptanz in den unverzichtbaren Ausbau der erneuerbaren Energien.

Besonders das Thema „Akzeptanz“ hat sich die CDU mit ihrem aberwitzigen Entschließungsantrag für einen akzeptanzgesicherten Ausbau von Windkraftanlagen noch im März auf die Fahne geschrieben. Hier kann man ansetzen und möglichst viele Bürgerinnen und Bürger bei der Energiewende mitnehmen. Auch Bereiche der Energiewende wie der Infrastrukturausbau sowie genossenschaftliche Modelle für den ÖPNV, für die Wasserstoffwirtschaft und die Ernährungswirtschaft müssen regional diskutiert werden. Genossenschaftsmodelle müssen insgesamt in Betracht gezogen werden.

Zuletzt noch ein Wort zu NRW.Energy4Climate. Mir persönlich ist es unerklärlich, weshalb die Mittelzuweisung bei der institutionellen Förderung bei gleichbleibend 12 Millionen Euro verharrt. Weder die Ministerin noch der Sprecher der Fraktion der Grünen wurden müde, die Gesellschaft und ihre wichtige Aufgabe im Rahmen der Transformation in jeder Rede mindestens einmal zu erwähnen.

Das spiegelt sich im Haushalt aber nicht wider. Auf meine Nachfrage beim letzten Mal wurde mir mitgeteilt, man könne erst darüber reden, wenn der Wirtschaftsplan von NRW.Energy4Climate verabschiedet sei. Wenn man doch will, dass hier etwas gepusht wird – und das würden wir unterstützen –, dann würde man doch gleich sagen, dass hier mehr Mittel einfließen sollten. NRW.Energy4Climate ist doch der Transformationsriemen, der diese Themen ins Land tragen soll.

Wenn man aber den gleichen Ansatz fährt, nichts erhöht und dann hier über Sondervormögen spricht, dann passt bei der Energie-, Klima- und Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen nichts zusammen. Vor diesem Hintergrund ist das leider keine Zukunftsperspektive, sondern wir machen uns große Sorgen um

den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und Dietmar Brockes [FDP])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU spricht ihr Abgeordneter Hoppe-Biermeyer.

Bernhard Hoppe-Biermeyer^{*)} (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nordrhein-Westfalen steht vor den wohl größten Herausforderungen der vergangenen Jahrzehnte.

Der Begriff „Stapelkrise“ beschreibt gut, was wir landes- und bundesweit bewältigen müssen. Die durch die Coronapandemie bedingten globalen Engpässe der Lieferketten sind noch nicht überwunden. Die deutsche Volkswirtschaft steht wegen der sich zuspitzenden Energiekrise womöglich an der Schwelle zur Rezession. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat in Deutschland und Europa eine Explosion der Energiepreise ausgelöst, die unser wirtschaftliches Fundament gefährdet.

Oberste Priorität hat vor diesem Hintergrund die Sicherung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und damit der Erhalt von Zigtausenden Arbeitsplätzen. Das sind die Ziele von CDU und Grünen, und das werden wir gemeinsam konsequent anpacken. Es gilt, die Ausrufung der Notfallstufe des Notfallplans Gas zu verhindern und ohne schwere wirtschaftliche Schäden durch den Winter zu kommen.

NRW ist das führende Industrie- und Energieland in Deutschland. Das soll und muss auch in Zukunft so bleiben. Deswegen setzen wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner auf die Vereinbarkeit von Klimaschutz und Industrie.

Eine zentrale Voraussetzung dafür ist die Versorgungssicherheit. Nur so kann uns die industrielle Transformation zur Klimaneutralität und der Erhalt guter Arbeitsplätze sowie großer sozialer Sicherheit gelingen. Versorgungssicherheit erreichen wir, wenn wir auf Energiesouveränität hinarbeiten. Damit meine ich nicht Autarkie, sondern vielmehr, dass wir Abhängigkeiten reduzieren und stattdessen auf Diversifikation der Energieimportquellen setzen sowie das heimische Potenzial der erneuerbaren Energien und Kohlenstoffkreisläufe nutzen. Diese Unabhängigkeit ist gleichzeitig auch Krisenvorsorge.

Um die ambitionierten Klimaschutzziele zu erreichen und die Modernisierung unseres Industriestandortes hin zur Klimaneutralität zu bewerkstelligen, braucht es mehr installierte Leistung bei Windenergie und Photovoltaik. Mit dem neuen Landesentwicklungsplan wollen wir zusätzliche Flächen für den Windkraftausbau aktivieren, indem wir zum Beispiel Industrie- und Gewerbeflächen sowie Flächen entlang von Autobahnen und Schienen freigeben. Wir

werden den Wildwuchs beim Ausbau beenden und konzentrieren Windenergieanlagen auf die planerisch vorgesehenen Ausbaugebiete. Insgesamt wird dabei eine landesweit gerechte Verteilung der Windenergieanlagen angestrebt, um die Akzeptanz der Bevölkerung nicht zu verlieren.

Ich bin ein positiv denkender Mensch. Mittlerweile 61 Jahre Lebenserfahrung haben mich gelehrt, dass in jeder Krise auch eine Chance steckt. Es geht jetzt mehr denn je ums Machen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Diese ambitionierten Ziele schlagen sich im Haushalt 2023 auch nieder.

(Lachen von Dietmar Brockes [FDP])

Das Land nutzt alle Möglichkeiten und geht dabei buchstäblich an seine finanzielle Schmerzgrenze. Wir setzen das Geld wirksam ein. Die Bewältigung der Energie- und Klimakrise erfordert Investitionen in die Zukunft, um wettbewerbsfähig, resilient und unabhängig zu werden.

Es ist unser Anspruch, dass NRW Vorreiter bei der industriellen Transformation wird. Dafür bringen wir einen Industriepakt für Klimaneutralität und Wettbewerbsfähigkeit auf den Weg. Mein Kollege Christian Untrieser hat es schon gesagt. Mit dem Haushalt 2023 setzen wir dafür ein deutliches Ausrufezeichen. Erneut stehen mehr als 340 Millionen für den Klimaschutz und die Energiewende in NRW bereit.

Noch einmal zur Erinnerung: Seitdem die CDU Teil der Landesregierung ist, sind die Mittel für Investitionen im Energiebereich Jahr für Jahr stark angestiegen. Dass die SPD in ihrem letzten Haushalt für 2017 gerade einmal 24 Millionen Euro für dieses Themenfeld angesetzt hatte, wirkt aus heutiger Sicht wie ein schlechter Scherz.

Wir gehen bewusst einen anderen Weg und setzen gezielt andere Schwerpunkte. Wir setzen auf Energiesysteme der Zukunft, die Transformation und den Ausbau der Nah- und Fernwärme, Energiespeicher, Wasserstoff als Energieträger der Zukunft und die Förderung von Klimaschutzinvestitionen der NRW-Industrie.

Sie sehen: Wir investieren in die Zukunft und in die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Das drückt sich auch in konkreten Zahlen aus. Wir stocken beispielsweise für die Transformation der Fernwärmeversorgung um 10 Millionen Euro auf 40 Millionen Euro auf. Zu den Projekten zählen Nah- und Fernwärmeprojekten an Rhein und Ruhr, am Niederrhein, im Rheinland und in weiteren Regionen in NRW.

Zudem planen wir erstmals 15 Millionen Euro für die tiefe Geothermie ein. Die Erdwärme ist in NRW ein schlafender Riese, den es aufzuwecken gilt. Aus diesen Mitteln werden Maßnahmen zur Stärkung und

zum Ausbau der tiefen Geothermie im Rahmen der Wärmewende finanziert.

Zusätzlich verdreifachen wir die Mittel für den kommunalen Klimaschutz und die kommunale Wärmeplanung von 3,35 Millionen Euro auf 9,75 Millionen Euro. Mit diesen Haushaltsmitteln sollen die nordrhein-westfälischen Kommunen bei der Erstellung von Wärmeplänen unterstützt werden; insbesondere durch die flächendeckende Bereitstellung von Basisdaten, Potenzialanalysen und Wärmestudien.

Außerdem investieren wir 95 Millionen Euro in Wasserstoffprojekte; unter anderem für diverse Kofinanzierungsmittel. Das betrifft beispielsweise thyssenkrupp Steel in Duisburg. Wir fördern aber auch Elektrolyseure in Windparks, um die Windkraft energieeffizienter nutzen zu können und um zu verhindern, dass Windkraftanlagen abgeriegelt werden müssen. Als Abgeordneter des Paderborner Lands – mit weit über 500 Windrädern der Spitzenreiter in NRW – kenne ich dieses Problem.

Die Mittel für Energiespeicher werden wir von 2 Millionen Euro auf 12 Millionen Euro aufstocken. Neben direkten Speichermöglichkeiten für elektrischen Strom müssen weitere Speichermöglichkeiten möglichst sektorenübergreifend genutzt und gefördert werden.

Der Verbindung des Elektrizitätsbereichs mit dem Gasbereich kommt dabei eine besondere Rolle zu – Stichwort: power to gas. Auch die Speicherung von elektrischer Leistung in Form von Wärme – Stichwort: power to heat – bildet ein weiteres wichtiges Element im Energiesystem der Zukunft. Wertvolles Potenzial lassen wir im Moment noch liegen, weil es an Netzen fehlt. Das muss, soll und wird sich ändern.

21,5 Millionen Euro – über 100 Millionen Euro betragen die Verpflichtungsermächtigungen – sind für klimaneutrale Energie- und Wirtschaftssysteme eingeplant. Das betrifft die Förderung von Projekten im Bereich der anwendungsbezogenen Energieforschung mit dem Ziel, erhebliche Investitionen in zukunftsgerichtete und klimaverträgliche Technologien auszulösen, beispielsweise in den Bereichen „erneuerbare Energien“, „intelligente Netze“, „Wasserstoff“ und „effiziente Speichertechnologien“.

Ferner stellen wir – Herr Stinka hat es gesagt – 40 Millionen Euro für die Finanzierung von Klimaschutzinvestitionen in NRW bereit. Dies betrifft in der Hauptsache die kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Die Transformation soll über alle Branchen hinweg unterstützt werden. Damit wollen wir den Wirtschaftsstandort NRW sichern. Die Landesgesellschaft NRW.Energy4Climate wird an diesem Herausforderungsprozess beteiligt bleiben, unterstützen und eine Anlaufstelle für alle Unternehmen sein.

Uns ist bewusst, dass dies hohe Investitionen in einem straffen Haushalt 2023 sind. Doch spätestens die turbulenten und herausfordernden vergangenen Monate und Jahre haben uns gezeigt, dass diese Entscheidungen von größter Wichtigkeit sind.

Man muss im Zukunftsvertrag nicht lange blättern, um die hier genannten Projekte und Investitionen nachvollziehen zu können. Wir haben angekündigt und versprochen, dass wir NRW zu einem der innovativsten, nachhaltigsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsstandorte in Europa entwickeln wollen. Der Haushalt 2023 ist darauf ausgerichtet, genau dieses Ziel zu erreichen. – Vielen Dank, für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP spricht der Abgeordnete Bockes.

Dietmar Brockes³⁾ (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die aktuelle Energiekrise ist für uns die größte Herausforderung. Heute diskutieren wir über Ihren Basishaushalt. Dieser enthält keine – keine! – Maßnahmen echter Entlastung für die energieintensiven kleinen und mittelständischen Betriebe in diesem Land.

(Beifall von der FDP und André Stinka [SPD])

Das zeigt leider, welche Bedeutung diese Herausforderungen für Sie haben. Ich frage deshalb die Landesregierung: Frau Ministerin Neubaur, wo bleibt Ihr versprochenes Hilfspaket mit den drei Säulen?

Seit Monaten sagen Sie immer, Sie würden schnell und entschieden handeln. Genau das Gegenteil ist der Fall. Sie haben bis heute hier in diesem Land nichts gemacht.

(Beifall von der FDP und André Stinka [SPD])

Dabei machen es andere Bundesländer vor. Das Land Hessen hat ein breites Maßnahmenpaket verabschiedet – mit Hilfen für Kultur, Sport, Soziales und einem Härtefallfonds –, und zwar gemeinsam mit den Oppositionsfraktionen im Hessischen Landtag und als Teil des regulären Haushalts, ohne eine wirtschaftliche Notsituation zu erklären. So geht es in anderen Bundesländern auch.

(Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Als FDP-Oppositionsfraktion, haben wir Ihnen vor Monaten angeboten, mitzugehen und Sie zu unterstützen, Frau Ministerin.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Bis heute haben Sie aber keine konkreten Vorschläge dazu gemacht, wie Sie die Unternehmen in diesem Land unterstützen wollen. Stattdessen wollten Sie in dieser Woche erst einmal einen Blanko-

scheck für neue Ausgaben haben, ohne uns zu sagen, wofür Sie diese Mittel einsetzen wollen.

(Beifall von der FDP)

Lieber Kollege Stinka von der SPD, wir sind sicherlich unterschiedlicher Meinung was den Transformationsfonds angeht, aber das sind konkrete Vorschläge, Frau Ministerin. Über die könnten wir diskutieren, wenn sie hier vorgelegt werden, aber von Ihnen wird leider gar nichts vorgelegt.

(Beifall von der FDP)

Alle Wirtschaftsinstitute sagen seit Sommer diesen Jahres, wie ernst die Energielage für die Wirtschaft ist. Die Landesregierung hat bis vor einer Woche aber alle Konjunkturdaten bewusst ignoriert.

(Romina Plonsker [CDU]: Das haben wir doch im Ausschuss diskutiert!)

Der Konjunkturunbruch um 2,8 % im dritten Quartal ist von Frau Ministerin Neubaur als Schnellschuss des ifo Instituts bezeichnet worden. Jetzt, wenige Wochen später, begründet die Landesregierung die Aufnahme neuer Schulden und das neue Sondervermögen mit genau diesen Zahlen. Ich finde das, ehrlich gesagt, peinlich.

Die kleinen und mittelständischen Unternehmen brauchen jetzt dringend Hilfe, aber sie bekommen von dieser Landesregierung leider keine. Eine Landesregierung, die ignoriert, wie es den Unternehmen im eigenen Land geht, ist aus meiner Sicht nicht haltbar.

Die Bilanz der neuen grünen Energie- und Klimapolitik überrascht selbst mich als langjährigen Abgeordneten sehr. Es gibt jetzt zulasten des Klimaschutzes mehr Kohlekraftwerke für Nordrhein-Westfalen, und eine grüne Ministerin weist die Räumung der Ortschaft Lützerath mit Polizeikräften an. So sieht offenbar das neue Gesicht der grünen Klima- und Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen aus.

Der frühere Ausstieg zwischen 2030 und 2033, der von Ihnen gemeinsam mit dem Kollegen Habeck angestrebt wurde, baut auf Kohleverstromung und sorgt keinesfalls dafür, dass wir CO₂-Minderungen erreichen.

(Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Hören Sie sich eigentlich selber zu?)

In den vergangenen Tagen hat Ihnen selbst die Agora-Denkfabrik ins Stammbuch geschrieben, dass Sie in den nächsten Wochen und Monaten deutlich mehr CO₂ freisetzen als Sie in der Zeit nach 2030 einsparen werden.

(Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Um es klar zu sagen, meine Damen und Herren: Wir als Freie Demokraten finden es richtig, dass wir jetzt alle eigenen Potenziale nutzen, um für Bezahl-

barkeit, Versorgungssicherheit und Klimaschutz zu sorgen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Genau deshalb aber müssten die Kernkraftwerke in den kommenden schwierigen Jahren länger laufen als die Braunkohlekraftwerke in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Das zeigt, wie sehr Sie sich für den Klimaschutz einsetzen.

(Zurufe von Tim Achtermeyer [GRÜNE] und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Lachen von den Grünen)

Ich halte fest: Diese Landesregierung lässt unsere Unternehmerinnen und Unternehmer, unsere kleinen und mittelständischen Betriebe und unsere Industrie in dieser schwierigen Energiekrise leider allein. Sie hat keinen Plan, wie wir in der aktuellen Situation kurzfristig für Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit sorgen können. Deshalb lehnen wir Ihre Politik und Ihren Haushalt ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Grünen spricht der Abgeordnete Röls.

Michael Röls (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! An Sie gerichtet, Herr Brockes: Wer in Nordrhein-Westfalen über das Revival der Atomkraft spricht, dem geht es nicht um die Zukunft von Nordrhein-Westfalen, sondern um irgendwelche ideologischen Grundsatzdebatten. Dafür haben wir hier aber keine Zeit.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Mit dem Einzelplan 14 machen wir uns als neue Regierungskoalition auf den Weg in Richtung klimaneutraler Transformation des Landes. Ich sage es am Anfang der Rede, und ich sage es gerne immer wieder: Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist der Schlüssel hin zu dieser Transformation.

(Marcel Hafke [FDP]: Ja, macht doch mal!)

Die Beschleunigung und Vereinfachung aller Verfahren für den massiven Ausbau von Windenergie und Solaranlagen ist ein Kraftakt,

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP] – Zuruf von Wibke Brems [GRÜNE] – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: 1.000-m-Abstandsregel, Herr

Kollege! – Weitere Zurufe von Marcel Hafke [FDP] – Glocke)

und wir müssen viele Hürden überwinden und manchmal auch einreißen. Dass diese Prozesse manchmal Zeit brauchen, bis sie Wirklichkeit werden, ist auch für mich oft eine Geduldsprobe.

Spätestens seit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine sollte uns aber allen klar sein, dass wir vor riesigen energiepolitischen Herausforderungen stehen. Die verschlafene Energiewende trägt maßgeblich dazu bei, dass wir seit Monaten über Preisbremsen, Hilfen und Sondervermögen diskutieren. Herr Brockes, ganz ehrlich: Das sind doch auch Ihre Versäumnisse. Es sind Ihre Versäumnisse in der Energiepolitik, die wir gerade ausbaden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie nehmen den Mund in der aktuellen Situation ziemlich voll, wie ich finde.

Wie abhängig die nordrhein-westfälische Wirtschaft von den Entwicklungen auf dem Energiemarkt ist, wird uns nun mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt. Wir brauchen die Erneuerbaren jetzt mehr denn je im Kampf gegen die Klimakrise sowie für die Versorgungssicherheit in unserem Land.

Dass in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahreszeitraum allerdings 13,3 % mehr Strom aus Kohlekraftwerken kam, ist für das Klima eine desaströse Nachricht. Erst in dieser Woche ist durch eine Studie nochmals bestätigt worden, dass die Strompreise nur bei einem massiv beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien bis 2025 deutlich sinken können. Ich wiederhole: nur bei einem massiv beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien – da ist nicht von Atomkraft die Rede.

(Heiterkeit von Mona Neubaur, Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie)

Das zeigt doch, dass unser Antrieb sein muss, die Anstrengungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien zu erhöhen, um so einen elementaren Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität in Nordrhein-Westfalen zu leisten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch wenn die Rufe danach – das gilt für einige Fraktionen mehr als für andere – laut sind: Wir stellen den Klimaschutz und die Energiewende angesichts dieser Energiekrise nicht auf das Abstellgleis. Im Gegenteil: Mit diesem Haushalt investieren wir in Unternehmen, in Kommunen und in die Menschen in diesem Land. Wir befähigen sie alle, mutige Veränderungen für mehr Klimaschutz zu wagen. Wir stehen an der Seite derer, die vorangehen wollen, denn die Energiewende und die klimaneutrale Transformation sind nur gemeinsam zu schaffen.

Deshalb macht mich Ihr Änderungsantrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, tatsächlich ein bisschen fassungslos. Die Mittel für die Förderung des Klimaschutzes und die Transformation in der Industrie sollen auf null herabgesenkt werden. Damit zeigen Sie doch wieder Ihr wahres Gesicht. Sie sagen, dass das alles der Markt regle. Aber derzeit werden die Spielräume vieler Unternehmen dafür, die nötigen Investitionen vornehmen zu können, doch kleiner. Gerade jetzt braucht es diese Unterstützung, und Sie wollen sie auf null senken. Damit zeigen Sie wieder, wie wichtig Ihnen der Klimaschutz ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und uns werfen Sie es vor. Das ist doch Wahnsinn.

Wer die Pressemeldungen, die wir alle regelmäßig erhalten, aufmerksam liest, weiß, dass die Zeit und uns davon läuft. Täglich warnen Wissenschaftler*innen vor den fatalen Folgen der Klimakrise und appellieren an die Politik, endlich wirksame und weitreichende Maßnahmen zu beschließen. Seit Jahrzehnten demonstrieren Menschen weltweit und auch in Nordrhein-Westfalen gegen die Ausbeutung unseres Planeten, für eine klimafreundliche Zukunft und im Grundsatz auch für unsere Lebensgrundlage.

Die Klimakrise ist einer der Hauptgründe, weshalb Menschen sorgenvoll in die Zukunft blicken – aktuell natürlich neben Fragen der Inflation und der wirtschaftlichen Situation. Meine eigene Generation verspürt diese Ängste häufig noch deutlicher.

Aufgabe dieses Parlaments und auch dieser Landesregierung ist es, Verantwortung zu übernehmen, Sorgen ernst zu nehmen, wissenschaftliche Appelle in unsere Arbeit einzubinden und zu handeln. Mit diesem Einzelplan 14 des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie legen wir die Grundlage für das politische Handeln der Zukunftscoalition in diesem Bereich.

Für einiges, was uns im Klimaschutz und in der Energiewende voranbringt, braucht es gesetzliche Rahmenbedingungen, für anderes braucht es öffentliches Geld. Die verfügbaren finanziellen Spielräume sind klein. Das haben wir schon häufig – auch gestern an diesem langen Plenartag – gehört. Wir nutzen die finanziellen Spielräume, die wir haben, bestmöglich für mehr Klimaschutz und eine beschleunigte Energiewende.

Wir investieren 343 Millionen Euro in die Energiewende und in den Klimaschutz. An entscheidenden Stellen haben wir die Mittel erhöht oder verstetigt. So stellen wir beispielsweise für einen zielgenauen Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft und -forschung mehr als 100 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Das ist ein wichtiges Signal an die Industrien und Sektoren, die nicht elektrifiziert werden können und die über kurz oder lang auf die Anbindung an grünen Wasserstoff angewiesen sein werden.

Klar ist aber auch: Grüner Wasserstoff ist kein Allheilmittel, das flächendeckend zur Verfügung stehen wird. Ebenso zentral ist und bleibt deshalb der Ausbau von Photovoltaik und Windenergie auf allen verfügbaren Flächen Nordrhein-Westfalens sowie der Netzausbau. Hier brauchen wir endlich mehr Tempo.

In diesem Haushalt stärken wir ganz bewusst den kommunalen und gesellschaftlichen Klimaschutz. Wir unterstützen unsere Kreise und Städte bei der kommunalen Wärmeplanung, indem wir wichtige Basisdaten und Gelder zur Verfügung stellen. Auch für den Ausbau von Wärmenetzen und Energiespeichern nehmen wir mehr Geld in die Hand. Damit wird unser Energiesystem flexibler und sicherer.

Einen wichtigen Beitrag zur Energiewende kann auch die tiefe Geothermie leisten, für die im Haushalt erstmals ein eigenes Kapitel geschaffen wurde. Das ist sehr gut. Mit diesen finanziellen Mitteln können wir wichtige Grundlagenarbeit in diesem Bereich finanzieren.

Es braucht keinen Blick in die Glaskugel, um vorherzusagen, dass das Jahr 2023 herausfordernd sein wird; denn die multiplen Krisen dieser Zeit werden sich nicht einfach in Luft auflösen. Umso mehr brauchen wir eine politische Landschaft, die einen klaren Kompass hat und sich nicht von den vermeintlichen Sicherheiten der fossilen Vergangenheit täuschen lässt.

Wir als Zukunftscoalition wollen ein neues Zeitalter einläuten und NRW zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas machen. Der Einzelplan 14 ist dafür der richtige Aufschlag. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die AfD spricht der Abgeordnete Loose.

Christian Loose (AfD): 350 Millionen Euro für den Tanz um das goldene Kalb „CO₂“, Herr Röls. – Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, bei Ihrem Haushalt gilt: nicht denken, sondern Geld verschenken – Geld für Institute, die Ihre Religion des Klimaschutzes verkünden sollen, Geld für Speicher, die dann doch nicht gebaut werden, Geld für 200 Jahre alte Technologien, die bereits vor Jahrzehnten an der Bezahlbarkeit gescheitert sind.

Man erinnere sich nur an das deutsch-saudi-arabische Projekt „HYSOLAR“. Allein für solche Wasserstoffprojekte lassen Sie 100 Millionen Euro ins Nichts werfen – viel Geld, um von dem eigenen Versagen abzulenken; ein Versagen, welches immer offensichtlicher wird. Es fehlt an Platz zum Ausbau Ihrer Windindustrie, es fehlt an Material für die Windindustrie, es fehlt an Bauingenieuren zum Aufbau der

Windindustrie – Bauingenieure, die man für Brücken, für Autobahnen und für Straßen bräuchte; für Straßen, die auch der Kinderbuchautor Habeck selbst zum Transport der Windräder bräuchte. Ich zitiere Ihren Kollegen Herrn Habeck:

„Wir müssen zum Beispiel die neuen Windräder transportieren, dafür brauche ich intakte Autobahnbrücken.“

Tja, da sollte man lieber nicht über die A45 fahren, aber zumindest brauchen die Grünen noch Autobahnen für den Transport der Windräder.

Das Auto für den kleinen Mann hingegen wollen Sie nicht mehr. So schreiten Sie seit an seit mit Laien in der EU und arbeiten am Verbot der Verbrennerautos. Sie wollen keine Autos mehr für Leute, die Ihr Versagen bezahlen müssen – sei es der Malocher bei thysenkrupp oder die Krankenschwester, die frühmorgens mit dem Auto zur Arbeit fahren will. Die sollen doch besser den Bus oder das Lastenfahrrad nehmen, wenn es nach Ihnen ginge.

Aber nicht nur das: Jetzt legen Sie auch die Axt an die 120.000 Arbeitsplätze im Rheinischen Revier, um die Welt vor dem CO₂ zu retten. Sie feiern die Ersparnis von 280 Millionen Tonnen CO₂. Millionen oder Milliarden: Wer kann das eigentlich noch einordnen? Machen wir doch einmal einen einfachen Vergleich.

Die WM läuft jetzt seit knapp 18 Tagen. In dieser Zeit hat China die doppelte Menge an CO₂ ausgestoßen, die Sie, Frau Neubaur, durch einen acht Jahre früheren Kohleausstieg einsparen wollen. Die doppelte Menge! Hier zeigt sich: Mathematik ist sicher nicht die Stärke dieser Landesregierung.

Weil nicht nur Millionen und Milliarden schwierig sind, sondern auch Terawatt, Terawattstunden und Terajoule, gebe ich Ihnen, Frau Neubaur und Herr Röls, ein einfaches Beispiel.

Ein guter Freund hat auf seinem Einfamilienhaus eine Photovoltaik-Anlage. Die hat eine Leistung von 7,2 kW. Ja, was ist kW? Es sind Kilowatt, also 1.000 Watt. Er hat also eine Leistung von 7.200 Watt auf dem Dach.

Was kann man damit wohl machen? Ein Backofen bräuchte so um die 1.000 Watt. Wenn Sie dann noch alle vier Kochplatten auf Ihrem Herd nutzen, dann könnten Sie in der Theorie mit der PV-Anlage genug Strom erzeugen, um damit für Ihre Gäste ein schönes Abendessen zu kochen. Allerdings wird es aktuell mit dem Abendessen doch ein bisschen schwierig, da die Sonne ja früh untergeht und danach schlicht null produziert wird. Aber nun gut, vielleicht reicht es ja für ein Mittagessen.

Am Montagmittag dieser Woche erzeugte die Anlage sage und schreibe 160 Watt. Das reicht nicht einmal für eine Mikrowelle, bei der Sie 750 Watt benötigen. Also wird es dann wohl die kalte Platte für die Gäste.

So wie am Montag sah es schon eine ganze Woche davor aus: 7.200 W in der Theorie, 200 W, wenn die Sonne mittags scheint, 0 W nachts. Das ist die Realität Ihrer Energiewende.

Deshalb fragte schon am Samstag die BILD-Zeitung – Zitat –: „Woher kommt bei diesem Wetter künftig unser Strom?“

Schauen wir uns doch mal an, wo er diese Woche herkam. Dazu vorab: Die gesamte installierte Leistung aller Photovoltaikanlagen und Windindustrieanlagen in Deutschland beträgt 130 GW. An diesem Montag um 12:00 Uhr brauchten die Bürger und die Unternehmen in der Summe 78 GW. Photovoltaikanlagen lieferten genau 2 GW, Windindustrieanlagen 10 GW, also 12 GW bei einer installierten Leistung von 130 GW. Aber noch viel bezeichnender: 12 GW bei einem Verbrauch von 78 GW. Da braucht man nicht viel zu rechnen. Die Energiewende bedeutet Blackout im Winter.

Diesen Blackout hätten wir schon jetzt, wenn die fossilen Kraftwerke nicht 55 GW an Leistung geliefert hätten, allen voran die Kohle- und Kernkraftwerke. Doch Kernkraftwerke wollen Sie abschalten, Kohlekraftwerke wollen Sie abschalten, und Gaskraftwerke wollen Sie ja langfristig auch abschalten. Damit wird dann aus einer Klimaministerin eine Blackoutministerin.

Doch diesen Weg gehen wir als Alternative für Deutschland nicht mit. Wir wollen kein Dunkeldeutschland der Energiewende, meine Damen und Herren, wir wollen preisgünstige und zuverlässige Energie.

(Beifall von der AfD)

In Deutschland wurden in den letzten Jahrzehnten bereits Hunderte von Milliarden Euro für den sogenannten Klimaschutz ausgegeben. Das Ergebnis: die höchsten Strompreise aller Industrienationen, ein wackeliges Stromnetz. Der Netzbetreiber in Baden-Württemberg, in Ihrem schwarz-grünen Nachbarlände, musste gestern warnen: Bitte nicht zu viel Strom verbrauchen, sonst bricht das Netz zusammen.

Eine Industrie, die abwandert. Damit wollen Sie also der Vorreiter sein, ein Vorreiter, der sein Pferd zuschanden reitet. Sie machen Deutschland zu einem abschreckenden Beispiel, Frau Ministerin, zu einem Land, über das die Welt bereits heute lacht.

Aber schauen wir uns das Ganze noch mal größer an. Schauen wir uns die Vorreiter in der gesamten Welt doch einmal zusammen an. Nach einer Analyse des Experten Jeffrey Currie von Goldman Sachs wurden in den letzten zehn Jahren 3.800 Milliarden US-Dollar in sogenannte erneuerbare Energien investiert. Das Ergebnis: Der Anteil fossiler Energieträger ist in den letzten zehn Jahren von 82 % auf 81 % gesunken. Ja, Sie haben richtig gehört. Durch Investitionen von sagenhaften 3.800 Milliarden US-Dollar

konnten die fossilen Energieträger lediglich um 1 % verdrängt werden.

Aber auch hier: Was bedeuten eigentlich diese 3.800 Milliarden US-Dollar? Nach Aussagen der Welternährungsorganisation würde dieses Geld reichen, um den Hunger auf der ganzen Welt zu bekämpfen und bis 2030 auf null runterzubringen. Also eine einfache Wahl: die grüne Lobby füttern oder den Welt hunger bekämpfen.

Sie, Frau Neubaur, haben sich für das goldene Kalb Klimaschutz, für die grüne Lobby entschieden und wollen die Menschen lieber hungern lassen. Das allein zeigt, wie menschenverachtend diese sogenannte Klimaschutzpolitik ist.

(Beifall von der AfD)

Doch diese Politik ist nicht nur menschenverachtend, sondern auch dafür verantwortlich, dass immer mehr Unternehmen sich ins Ausland transformieren und die Arbeitsplätze in Deutschland verloren gehen. Stattdessen stehen die Fabriken nun in Polen, China und Frankreich, also in Ländern mit Kohlestrom und Kernkraftwerken.

Statt günstiger Energie wollen Sie nun die Uraltechnologie Wasserstoff nutzen. Statt Abhängigkeit von Russland soll es jetzt die Abhängigkeit von Afrika sein. 90 % des Wasserstoffes sollen importiert werden. Dabei gibt es keine einzige Transportleitung für Wasserstoff von Afrika nach Europa. Aber wen interessiert schon die Realität?

Wasserstoff aus Marokko, wo aktuell Kohlestrom die dominierende Energiequelle ist. Marokko ist ein sonnenreiches Land, aber auch ein wasserarmes Land. Jetzt soll Wasserstoff für Deutschland produziert werden.

(Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Doch für die Herstellung von Wasserstoff brauchen Sie Wasser, und zwar eine ganze Menge. Und so viel Wasser hat Marokko nicht. Das Wasser soll jetzt mit Meerwasserentsalzungsanlagen teuer aus dem Meer gewonnen werden. Noch mal: Marokkos Strom soll nicht Marokkos Industrie dienen, nein, Deutschland. Marokkos Wasser soll nicht Marokkos Menschen dienen, nein, Deutschland, damit Deutschland Wasserstoff bekommt.

Fällt nur mir auf, wie menschenverachtend auch diese Politik ist? Die neue Kolonialzeit hat begonnen und heißt Klimaschutz, meine Damen und Herren. Aber in Ihrer Hypermoral merken Sie nicht mal, was Sie da tun. Sie werden weiter das Gas aus Russland verteufeln und stattdessen lieber das Shariagas aus Katar nehmen. Sie werden weiter die Menschen in anderen Ländern für Ihre Energiewende ausbeuten, seien es die Kinder in den Kobaltminen im Kongo, seien es die Menschen in den Abbaugebieten von Neodym in der Mongolei.

Wir hingegen wollen lieber saubere Energie aus dem eigenen Land, das heißt die Nutzung von heimischer Kohle und die Entwicklung und den Betrieb von modernen und sicheren Kernkraftwerken – für Freiheit, Wohlstand und Vernunft. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Für die Landesregierung spricht jetzt Ministerin Neubaur.

Mona Neubaur¹⁾, Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Welt schaut nach Nordrhein-Westfalen. Das sind gute Nachrichten. Ich verstehe, dass die Oppositionsfraktionen Kritik am Einzelplan 14 üben. Nur hilft es uns in der krisenhaften Situation, in der wir gerade sind, und bei den vielen Herausforderungen, die zu stemmen sind, allen nicht weiter, wenn hier regelrecht der Untergang herbeigeredet wird.

Ich will nichts schönreden, aber ich will denen in der Wirtschaft, die gerade jeden Tag alles leisten, um ihre Beschäftigten weiterbeschäftigen zu können, um Innovationen zu ermöglichen und um die Transformation hinzubekommen, aus dem Wirtschaftsministerium heraus mit diesem Einzelplan 14 das Signal geben, dass sie dabei nicht alleingelassen werden.

Die Welt schaut nach Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen ist durchaus ein interessanter Standort für neue Unternehmensansiedlungen. Ich kann Ihnen sagen, worum es geht, wenn die Anfragen kommen. Das sind immer drei Fragen:

Das Erste ist: Ihr scheint eine ganz gute Landschaft von Arbeits- und Fachkräftepotenzial entwickeln zu können. Das ist ein Standortfaktor für Nordrhein-Westfalen.

Ihr scheint in der Frage von Infrastruktur irgendwie Nachholbedarf zu haben, aber ihr seid gut erschlossen.

Der alles entscheidende Faktor für Ansiedlungen von neuen Industrien in Nordrhein-Westfalen ist immer der Ausbau der erneuerbaren Energien.

Lieber Kollege Brockes, gerne hätte ich die Geschäfte im Wirtschaftsministerium auf Grundlage eines entfesselten und ambitionierten Ausbaus der erneuerbaren Energien übernommen. So ist es nicht gewesen. Das war die politische Entscheidung der Vorgängerregierung. Wir, CDU und Grüne, ändern das jetzt. Wir haben uns entschieden, Ja zu sagen zu Windkraft und erneuerbaren Energien, und zwar nicht, weil es im grünen Parteiprogramm stand, sondern weil es uns unabhängig macht, weil es unsere Energieversorgung widerstandsfähiger macht und weil es mittelfristig Energie günstig macht, weil es die Grundlage für erfolgreiches, widerstandsfähiges und

krisenfestes Wirtschaften des Mittelstands, des Handwerks und der Großindustrie in Nordrhein-Westfalen ist.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Wir haben im Zukunftsvertrag geschrieben, unsere Wirtschafts- und Industriepolitik, und zwar von der kleinen Metallbaumeisterin im Handwerk bis hin zum großen Chemieunternehmen, am 1,5-Grad-Ziel auszurichten. Dabei ist Energie natürlich ein wesentlicher Faktor, der dafür seine Leistungen erbringen muss. Aber wenn Sie sich den Koalitionsvertrag durchlesen und auch die anderen Bereiche der Landesregierung durchsehen, dann werden Sie feststellen, dass wir den Blick für das Ganze haben, weil Klimaschutz eine Menschheitsaufgabe ist. Es ist wichtig, dass diejenigen, die jetzt in Verantwortung stehen, das in ihrer Macht Stehende tun, um den folgenden Generationen einen bewohnbaren Planeten zu hinterlassen.

Ein bewohnbarer Planet für die folgenden Menschen – darum geht es beim Klimaschutz. Die Natur und der Planet kommen auch ohne uns ganz gut klar.

Deswegen haben wir in diesem Einzelplan 14 für Klimaschutz im Jahr 2023 343 Millionen Euro zur Verfügung. Wir haben 225 Millionen Euro für die Wirtschaftsförderung, wir haben 170 Millionen Euro für Innovation und Technologie.

Lieber André Stinka, wir haben im Nachtrag 200 Millionen Euro für die Energy4Climate zur Verfügung gestellt, damit sie eben genau diese vielen wichtigen Aufgaben in der Transformation an der Schnittstelle zwischen Forschung, Wissenschaft, Mittelstand und Großindustrie leisten kann. Deswegen nehmen wir da viel Geld in die Hand.

Genauso viel Geld oder vielleicht noch mehr haben wir, lieber André Stinka, als erste ... Wir warten noch immer darauf, dass die Bundesregierung den Schritt macht, den Letter of Intent zu vollziehen, wenn es darum geht, ThyssenKrupp Stahl die Zusage für die Direktreduktionsanlage zu erteilen.

Soll ich dazu noch eines sagen? Wir haben mit ThyssenKrupp Stahl geredet. Wir haben gesagt: Wir allein haben nicht die Aufgabe, in Unternehmen zu transformieren. Da muss sich auch das Unternehmen bekennen. Genau das ist passiert, weil es nicht sein kann, dass der Staat alles finanziert, sondern es muss in Kooperation laufen, der Staat muss mit investieren, aber die Unternehmen müssen sich auch dazu bekennen. Das ist passiert. So haben wir verhandelt. Wir haben einen dreistelligen Millionenbetrag dafür zur Verfügung gestellt, dass die Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen am Standort Duisburg transformiert werden kann.

Wenn wir über HKM reden: Ich weiß tagesaktuell nichts davon, dass HKM zahlungsunfähig ist. Ich

weiß aber sehr wohl, dass die Bemühungen, die der Bundeswirtschaftsminister, die hier der Landeswirtschaftsminister getätigt haben, Vallourec davon abzuhalten, aus Mülheim, aus Düsseldorf wegzugehen, Vallourec einfach nicht interessiert haben. Die Unternehmensentscheidung von Vallourec ist jetzt genau das, was HKM ins Dilemma führt.

Ich war letzte Woche bei der Gesamtbetriebsräteversammlung der Nordstahl, unter anderem mit den Betriebsräten von HKM. Genau darüber haben wir gesprochen: Wie binden wir eigentlich HKM am Standort in Duisburg in die Entwicklung des Stahlstandorts Duisburg ein?

Also, man kann uns alles vorwerfen, aber nicht, dass wir nicht handeln, dass wir nicht Investitionsmittel zur Verfügung stellen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wenn es um diese Investitionsmittel geht, dann will ich auch sagen: Mit dem Starterpaket für den klimaneutralen Mittelstand, das jetzt an den Start gegangen ist, machen wir doch nichts anderes, als für die, die selbst keine Transformationsabteilung haben, weil sie mittelständische Unternehmen sind, die keine Forschungs- und Entwicklungsabteilung haben, die wahrscheinlich noch nicht mal ausreichend Mitarbeiter in der Verwaltung haben, die helfen, die Förderanträge zu beantragen, die man aus Europa und aus dem Bund bekommen kann, zielgenaue Unterstützungsprogramme zur Verfügung zu stellen, damit sie den Weg mitgehen können, weil es schwierig ist, von einem zum anderen zu kommen.

Genau deswegen bieten wir an, dass sich zum Beispiel im Bereich „Sanitär, Heizung, Klima“ diejenigen, die später mit Wasserstoff zu tun haben werden, als Beschäftigte in diesen Unternehmen qualifizieren können.

Wir haben außerdem den Dreiklang von anwendungsbezogener Forschung, weil Forschung an sich frei ist. Wir als Wirtschaftsstandort in Nordrhein-Westfalen haben ein Rieseninteresse daran, dass wir es in die Anwendung bekommen, dass wir über die Anwendung Innovationen erzeugen und damit Investitionen in neuen oder bestehenden Unternehmen auslösen. Darum muss es doch gehen, Investitionen und Innovationen in Unternehmen auszulösen. Wir brauchen die Innovationsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Wirtschaft in ihrer Vielfalt, egal, ob im Handwerk oder im Großkonzern, in den Bereichen der erneuerbaren Energien, in den Bereichen von Power-to-was-auch-immer-Technologien, in den Bereichen Wasserstoffhochlauf.

Wir sind mittelstandsgeprägt, und wir sind Metallbauland Nummer eins. Wenn wir es klug anstellen, wird die erste Düse, die eingesetzt wird, wo Wasserstoff Gas ersetzt im Prozess der Industrie, in Nordrhein-Westfalen zur Anwendung kommen. Darum geht es.

So sind die Vernetzungen im Wirtschaftsministerium zwischen den einzelnen Referaten aufgebaut. So arbeiten auch Wissenschafts- und Wirtschaftsministerium zusammen.

Ich will zum Schluss kommen mit der klaren Ansage: Erneuerbare Energien sowohl im Stromsektor als auch im Wärmesektor sind Teil der Lösung und nicht Teil des Problems, mit dem, was wir jetzt zusätzlich in Tiefe Geothermie investieren, in die Erkundung dieses Potenzials. Nur noch mal für alle: Über 60 % der Wärme in Nordrhein-Westfalens Wohnungen werden aus Gas gewonnen. Wenn wir also wirklich was tun wollen, dass wir von fossilen Energien unabhängig werden, dass wir bezahlbare Wärme für die Menschen, für die Industrie zur Verfügung stellen, dann investieren wir jetzt genau darin, aus der Tiefe der Schichten nordrhein-westfälischen Bodens warmes Wasser zu holen und daraus Wärme zu produzieren, einerseits als Prozesswärme für die Industrie, andererseits auch für Nah- und Fernwärmenetze. Damit werden wir unabhängig, damit werden wir widerstandsfähig.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

In der Tat löst der vorliegende Haushaltsentwurf nicht mit einem alles, aber er setzt die richtigen Schwerpunkte. Bei begrenzten Haushaltsmitteln muss man in der Lage sein, strategisch zu überlegen und Prioritäten zu setzen. Genau das macht dieser Einzelplan 14.

Ich freue mich auf Ihre Unterstützung bei der Verabschiedung des Haushaltsentwurfs und damit auf Ihren Beitrag zur Gestaltung Nordrhein-Westfalens zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas. – Danke.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Frau Ministerin. – In Ermangelung mir vorliegender Wortmeldungen, aber auch, wenn ich auf die Redezeiten blicke, in Ermangelung von Redezeiten bei den Fraktionen sind wir jetzt am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Auch dort liegt uns eine Reihe von Änderungsanträgen vor, über die wir zunächst abstimmen werden.

Somit rufe ich den ersten Änderungsantrag Drucksache 18/2010 auf, Antragsteller ist die AfD. Wer gibt diesem Antrag seine Zustimmung? – Das sind die Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der FDP. Wer enthält sich der Stimme? – Das ist niemand. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/2010 abgelehnt.**

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 18/2011, Antragsteller: AfD. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der FDP. Wer enthält sich der Stimme? – Niemand. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/2011 abgelehnt.**

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 18/2012, Antragsteller: AfD. Wer stimmt dafür? – Das sind die AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/2012 abgelehnt.**

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 18/2013, Antragsteller: AfD. Wer stimmt dafür? – Das sind die Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der FDP. Wer enthält sich? – Das ist niemand. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/2013 abgelehnt.**

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 18/2014, Antragsteller: AfD. Wer stimmt dafür? – Das sind die Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/2014 abgelehnt.**

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 18/2015, Antragsteller: AfD. Wer ist dafür? – Das sind die Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/2015 abgelehnt.**

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 18/2016, Antragsteller: AfD. Wer stimmt dafür? – Das sind die Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/2016 abgelehnt.**

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 18/2017, Antragsteller: AfD. Wer stimmt dafür? – Das sind die Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/2017 abgelehnt.**

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 18/2067, Antragsteller: FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen der FDP, der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/2067 abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 18/2068, Antragsteller: FDP. Wer stimmt dem zu? – Das sind die Fraktionen von FDP, AfD und SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex, die CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/2068 abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 18/2069, Antragsteller: FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen der FDP und der SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/2069 abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 18/2070, Antragsteller: FDP. Wer stimmt diesem zu? – Das sind die FDP und die SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind Bündnis 90/Die Grünen, CDU, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/2070 abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 18/2071, Antragsteller: FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen der FDP und der SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist auch dieser **Änderungsantrag Drucksache 18/2071 abgelehnt**.

Wir kommen jetzt – zweitens – zur Abstimmung über den Einzelplan 14, Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/1914, den Einzelplan 14 unverändert anzunehmen. Das ist auch nach der Abstimmung der Änderungsanträge so geblieben. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 14. Wer stimmt diesem Einzelplan zu? – Das sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer enthält sich? – Das ist niemand. Damit ist der **Einzelplan 14 in zweiter Lesung angenommen**.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe nunmehr auf:

Einzelplan 06 Ministerium für Kultur und Wissenschaft

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses in der Drucksache 18/1906 und die in der aktuellen Tagesordnung zu diesem Einzelplan aufgeführten Änderungsanträge hin.

Auch hier haben wir eine Unterteilung, und zwar in Kultur sowie Wissenschaft und Weiterbildung. Wir fangen an mit:

a) Kultur

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion dem Kollegen Bialas das Wort.

Andreas Bialas^{*)} (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aufgabe der Opposition ist es nun einmal, zu kritisieren und eigene Entwürfe zu präsentieren. In den vergangenen Jahren spielte die Kultur in der Landesregierung eine herausgehobene Rolle und wurde – zum Nachteil eines Oppositionspolitikers, zum Vorteil etlicher Teile der Kultur im Land – gut unterstützt.

Das Fördervolumen wurde um 100 Millionen Euro erhöht, die Erhöhung verlief linear, absehbar, planbar und verlässlich. Gut, ich hätte das Geld gern anders verteilt, aber man konnte den Eindruck gewinnen, Kultur sei bei der alten Regierung in guten Händen. Diesen Eindruck habe ich nicht mehr.

Auch der Koalitionsvertrag und die Versprechen im Wahlkampf sowie die sich aus dem Kulturgesetz ergebenden Mittelbedarfe versprochen Kontinuität und einen Plan. Einen Aufwuchs von 150 Millionen Euro wurden vereinbart. Nun hören wir, die sollen es auch bleiben, aber eben nicht mehr kontinuierlich, die jetzige finanzielle Situation gebe es nicht her. Keine 30 Millionen Euro im Jahr sollen es sein, sondern nur 5,5 Millionen Euro in 2023, und das bei einem Gesamthaushalt jenseits der 90 Milliarden Euro.

Eines habe ich verstanden: Es hat sich nach der Wahl im Mai dieses Jahres etwas geändert. Verlässlichkeit gibt es für die Kultur in NRW scheinbar nicht mehr, und das zu einem Zeitpunkt, zu dem die Kulturlandschaft und die Künstler*innen einen starken Rückhalt bräuchten – eben einen starken, verlässlichen Partner in NRW.

Der Haushalt wird der Krise und den anstehenden Aufgaben nicht gerecht. Bisher sind auch die ominösen drei Säulen ohne Inhalt, und Angebote haben